



## Pressemitteilung

### **Die psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung ist in Gefahr – doch die Bundesregierung handelt nicht**

**Organisiert von der PsyFaKo und dem PtW Forum demonstrierten gestern erneut rund 300 Studierende, Psychotherapeut\*innen in Weiterbildung und Vertreter\*innen von Kammern, Verbänden und weiteren Interessenverbänden für die längst überfällige gesetzliche Regelung der Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung. Die Bundestagsabgeordneten Dirk Heidenblut (SPD) und Alexander Föhr (CDU) waren ebenfalls vor Ort, um sich für eine schnelle Regelung auszusprechen.**

Es ist kaum zu glauben, doch bei der Reform der Psychotherapie-Ausbildung 2019 wurde die Frage nach einer Finanzierung einfach vergessen und bis heute gibt es keine gesetzliche Regelung dafür. Neben einer Änderung der Zulassungsordnung braucht es aber genau diese, damit für die angehenden Psychotherapeut\*innen in Praxen, Kliniken, Ambulanzen und weiteren Bereichen im Gesundheitswesen die erforderlichen Weiterbildungsstellen überhaupt geschaffen werden können.

Passiert dies nicht, gibt es für hunderte bereits erfolgreich Approbierten keine Stellen für die notwendige Fachweiterbildung. Ab dem nächsten Jahr werden es jährlich über tausend Absolvent\*innen sein.

Besonders bitter: Über 2000 Praxen wären sofort bereit, die entsprechenden Weiterbildungsstellen anzubieten. Auch sie würden davon profitieren. Doch natürlich brauchen auch sie eine gesetzliche Regelung für die Zulassung sowie die Finanzierung.

Gibt es nicht zeitnah eine Lösung, wird es in Deutschland in absehbarer Zeit keinen psychotherapeutischen Nachwuchs mehr geben und damit ist die flächendeckende psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung in Gefahr.

„Es ist höchste Zeit zu handeln, noch in dieser Legislaturperiode, noch im Gesetzestext des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes (GVSG) muss eine Regelung festgeschrieben werden. Wir brauchen in Deutschland dringend einen psychotherapeutischen Nachwuchs, wir brauchen qualifizierte Fachpsychotherapeut\*innen“, warnt Dr. Johanna Thünker vom Vorstand der Sektion Psychologischer Psychotherapeut\*innen (VPP) im BDP und verweist damit eindringlich auf die drohenden Versorgungslücken.

Madlen Matschey, Vertreterin des psychotherapeutischen Nachwuchses im VPP, erläutert weiter: „Die Studierenden selbst sind verunsichert, die ersten haben den neuen Approbationsstudiengang durchlaufen und haben nun Angst, auf der Straße zu stehen statt ihre Fachweiterbildung zu machen.“

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags hat die Bundesregierung bereits mit höchstem Votum aufgefordert, sich um das Problem zu kümmern. Die Akteure des Bündnisses haben immer wieder auf die Misere aufmerksam gemacht. Das GVSG befindet sich im parlamentarischen Prozess und wird in Kürze in die Anhörung in den Gesundheitsausschuss gehen. Jetzt ist es Zeit für die Regierung, endlich zu handeln. Es kann nicht sein, dass Psychotherapeut\*innen in Ausbildung oder Menschen, die psychotherapeutische Hilfe benötigen, einfach im Regen stehen gelassen werden.

#### **Ihre Ansprechpartnerin:**

Bettina Genée

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Fon: +49176 58868222

Mail: [presse@bdp-verband.de](mailto:presse@bdp-verband.de)